

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 6.— Mk. von auswärts 8.— Mk. Bei Werberholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkonten Danzig 7945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 85

Mittwoch, den 13. April 1921

12. Jahrgang

Zuspikung der englischen Arbeitskrise.

Doch noch keine Beilegung des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 12. April. Wie Reuter amtlich mitteilt, wurde die Konferenz der Bergarbeiter und Grubenbesitzer vertagt.

London, 12. April. (Reuter.) Nach einer amtlichen Bekanntmachung haben die Bergleute die Vorschläge der Regierung abgelehnt. Die Führer der Bergleute erklären, man sei von einer Beilegung der Streitigkeiten noch weit entfernt.

London, 12. April. (Reuter.) Zur Beilegung der Streitigkeiten mit den Bergleuten schlägt die Regierung Festsetzung der Löhne nach Distrikten vor. Der Grundsatz, nach dem diese Sätze normiert werden sollen, soll national bestimmt werden. Wenn ein Einvernehmen zustande kommt, wird die Regierung kurze Zeit eine finanzielle Beihilfe gewähren, um einem zu schnellen Sinken der Löhne Einhalt zu tun.

London, 12. April. Wie Reuter amtlich mitteilt, werden die Eisenbahnarbeiter heute Abend nicht in den Ausstand treten.

London, 12. April. Die Bergleute teilten heute Abend der Arbeiterdreibundkonferenz mit, daß die Verhandlungen über die Vorschläge der Regierung und der Bergwerksbesitzer mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg nicht wieder aufgenommen werden können. Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo der Dreibund zur Aktion schreiten müsse. Die Konferenz des Dreibundes vertagte sich auf morgen.

London, 12. April. Der Präsident des Verbandes der Bergwerksbesitzer gab heute Abend bekannt, daß die Verhandlungen über die Fragen der Rationalisierung des Bergbaues und der nationalen Regelung der Löhne abgebrochen worden sind. Er erklärt, daß die Bergwerksbesitzer den Arbeitern alles angeboten haben, was sie zu gewähren imstande sind.

Stegerwalds Mitarbeiter.

„Berliner Lokalanzeiger“ und „Vorwärts“ nennen folgende Ministerliste: Präsidium und Volkswohlfahrt Stegerwald, Inneres Seevering, Handel Fischbeck, Kultus Hänisch, Justiz am Rehnhoff, Finanzen: ein Beamter, ebenso Landwirtschaft. Braun dürfte als Minister ohne Portefeuille dem Kabinett angehören. Er werde wahrscheinlich die Vizepräsidentenschaft im Staatsministerium übernehmen. Gleichzeitig soll er mit der Vertretung der preussischen Regierung im Reichsrat betraut werden und damit gemäß dem Plane des Reichsministers Koch die Verbindung zwischen der preussischen Staatsregierung und der Reichsregierung aufrecht erhalten.

Hardings Regierungsprogramm.

Washington, 12. April. Die Botschaft des Präsidenten Harding an den Kongreß enthält folgende Vorschläge: 1. Die sofortige Befestigung einer Kartellgesetzgebung. 2. Maßnahmen zwecks wirksameren Betriebes der Eisenbahnen bei Herabsetzung der Kosten. 3. Schaffung besserer Straßen. 4. Maßnahmen zur Regelung und Förderung des Heeres- und Zivilflugwesens. 5. Die Schaffung und Aufrechterhaltung einer großen amerikanischen Handelsmarine. 6. Maßnahmen, um in einer praktischen Weise den ehemaligen Kriegsteilnehmern die Dankbarkeit des Landes zu zeigen. 7. Eine Neuregelung des Steuerwesens. 8. Eine methodische und allmähliche Liquidierung der Kriegsschuld des Landes, eine allgemeine Versicherung der Kosten für die Regierung. Die Botschaft enthält auch eine Beurteilung der Lynchjustiz.

Der Schwindel von Völkerbund und Abrüstung.

Washington, 12. April. (Reuter.) Präsident Harding billigte in seiner Botschaft an den Kongreß die Beendigung des technischen Kriegszustandes mit den Zentralmächten Europas durch eine ausdrückliche Resolution des Kongresses mit der Maßgabe, daß alle Rechte der Vereinigten Staaten durchaus gewahrt würden. Der Präsident erklärte mit Bestimmtheit, daß die Vereinigten Staaten sich dem bestehenden Völkerbund nicht anschließen würden, fügte aber hinzu, wir geben, indem wir der Welt diese Mitteilung machen, in keiner Weise unser Ziel preis, eine Vereinigung (Assoziation) zu schaffen zur Förderung des Friedens, an der wir von ganzem Herzen teilnehmen würden! Wir erwägen diese Angelegenheit und hoffen, einen Plan einer solchen Vereinigung ausarbeiten zu können.

Washington, 12. April. (Reuter.) Republikanische Führer des Kongresses erklären, daß trotz seiner Friedensresolution eine Erklärung zuzufügen werde, daß, wenn der Weltfrieden

wieder bedroht wird, die Vereinigten Staaten so handeln werden, wie sie es im letzten Kriege getan haben.

Washington, 12. April. In seiner Botschaft führte Harding aus: Er liehe dem Wunsche nach Abrüstung sympathisch gegenüber. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit den anderen Nationen zu diesem Ziele zusammenzuwirken. Aber die einfachste Klugheit verbiete es den Vereinigten Staaten, allein abzurufen.

London, 12. April. (Reuter.) Im Unterhause wurden Nachtragsforderungen auf Erhöhung des Flottenbestandes um weitere 25 000 Mann eingebracht.

Auguste Viktorias Begräbnis.

Haag, 12. April. Das Korrespondenz-Bureau teilt mit: Vorbehaltlich etwaiger Änderungen ist beabsichtigt, dem früheren deutschen Kaiser und dem Kronprinzen zu gestatten, die Beichte der verewigten Kaiserin bis zur Station Maarn (Bahnstraße Verlin—Emmerich—Amsterdum) zu begleiten.

Berlin, 12. April. Im Einvernehmen mit dem ehemaligen Oberhofmarschallamt wird folgendes bekanntgegeben: Die Beilegung der verstorbenen Kaiserin ist als eine Feier für die Familie der Dahingekommenen und einen beschränkten Kreis besonders Geladener geplant. Die Einladungen zu der Feier ergehen ausschließlich durch das ehemalige Oberhofmarschallamt. Die Karten hierzu werden angesichts der Raumverhältnisse in Potsdam nur in ganz geringer Zahl ausgegeben werden.

Wie die Blätter mitteilen, hat zu der Beilegung der Kaiserin eine größere Anzahl ehemaliger deutscher Fürstlichkeiten sein Erscheinen angemeldet: Das Herzogspaar von Braunschweig, Prinz Heinrich und Gemahlin, die Kronprinzessin, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Friedrich Karl von Hessen und Gemahlin sowie das Großherzogspaar von Baden werden an der Trauerfeier teilnehmen. (Die Genannten gehören sämtlich zur Verwandtschaft des Hohenzollernhauses. D. Red.) Auch Generalfeldmarschall von Hindenburg und Lubendorf haben sich für die Trauerfeier in Potsdam angemeldet.

Berlin, 12. April. Wie aus Haus Doorn gemeldet wird, hat entgegen der ursprünglichen Festsetzung die Trauerfeier für die Kaiserin Auguste Viktoria verschoben werden müssen. Sie wird nunmehr stattfinden in Doorn am Sonntag, den 17., in Potsdam am Dienstag, den 19. April.

Der beleidigte bayerische Rindertrog.

München, 12. April. In der heutigen Sitzung des Staatsratsausschusses des bayerischen Landtages bemerkte Ministerpräsident Dr. v. Kahr zu dem Standpunkt, den die Staatsregierung heute in der Einwohnerversammlung einnimmt, u. a. folgendes: Die Entlassung der Einwohnerwehr ist auch gegenwärtig noch und gegenwärtig erst recht aus Gründen der staatlichen Selbsterhaltung unmöglich, und zu dieser objektiven Unmöglichkeit kommt noch die subjektive (!!!), denn die Selbstschuttsorganisation würde es nicht begreifen, daß der Staat sie, die ihn zu beschützen bereit sei, dazu außerstande setzen sollte, wo sich eben gezeigt hat, daß er immer noch in höchster Gefahr schwebt! Aus diesen Erwägungen ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit das, was die bayerische Staatsregierung auf die Note der Reichsregierung vom 23. März zu tun hatte. Sie mußte der Reichsregierung nahelegen, in eingehend begründeten Darlegungen den Alliierten auseinanderzusetzen, daß die Durchführung der Entlassung gegenwärtig und in dem Zeitmaß, in dem sie im Pariser Diktat in Aussicht genommen wurde, nicht möglich sei, und sie zu ersuchen, in eine neuerliche Würdigung der Frage einzutreten. Der Minister schloß: Sie werden hoffentlich aus meinen Darlegungen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Vorwürfe unbegründet sind, die die Haltung der bayerischen Staatsregierung als bloße Halsstarrigkeit abtun zu können glauben, daß sie vielmehr ihren Standpunkt aus wohlverstandenen zwingenden Gründen der Staatsnotwendigkeit heraus gewählt hat. Wir müssen nun abwarten, welche Ergebnisse die von der Reichsregierung eingeschlagenen Schritte haben werden.

Bauernaufrühr gegen die bolschewistische Herrschaft.

Kopenhagen, 12. April. „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Nach bolschewistischen Zeitungen breitet sich die Bauernaufrührung gegen die Sowjetherrschaft mit reißender Schnelligkeit aus. Mehrere Gouvernements befinden sich bereits im Besitz der aufständischen Bauern. Die Kosaiken im Donezdistrikt haben sich dem Bauernaufrühr angeschlossen.

Eine Entscheidungsschlacht zwischen Kapital und Arbeit.

Die nachfolgenden Ausführungen über den englischen Bergarbeiterstreik standen aus vorigen Sonntag in der „Arbeiterzeitung“. Sie dürften auch bei unsern Lesern die stärkste Beachtung verdienen, wenn sie auch in einigen Einzelheiten bereits überholt sind und hier und da Anlaß zur Kritik geben dürften. Bemerkenswert ist u. a. die Begründung des Ersinken der Kohlenpreise durch die englischen Bergarbeiter. Wenn wir auch, wie wir schon mehrfach ausgedrückt haben, dies Vorgehen keineswegs zu entschuldigen vermag, so erscheint es doch immerhin aus den dargelegten Gründen leichter verständlich. Aus den weiteren aufschlußreichen Ausführungen wird ersichtlich, wie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in England immer stärker nach der über kurz oder lang unvermeidlichen großen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus hindrängt. Red. d. „D. V.“

Zeit einer Woche steht mehr als eine Million englischer Bergleute im Kampfe. England hat erst vor wenigen Monaten einen allgemeinen Ausstand der Kohlenarbeiter erlebt. Aber der gewaltige Kampf, der jetzt ausgebrochen ist, ist von dem Kampfe im Oktober 1920 weltenscheidend. Damals fand die Arbeiter in den Streik getreten, um die Erhöhung des Arbeitslohnes zu erzwingen. Jetzt sind die Arbeiter ausgebeutet, weil sie die Lohnherabsetzung um fünfzig Prozent, die die Bergwerksbesitzer vornehmen wollen, nicht annehmen. Damals war Not an Kohle. Es genügt, die Arbeit einzustellen; die Kohlennot zwang die Regierung und die Unternehmer, sehr bald Zugeständnisse zu machen. Jetzt ist es viel schlimmer. Wie die ganze englische Industrie ist auch der Kohlenbergbau von einer schweren Abzuckerung betroffen. Gewaltige Kohlenvorräte lagern auf den Halben. Die Unternehmer können die Arbeitsleistung lang aushalten. Daher sind die Bergleute diesmal gezwungen, zu anderen Mitteln zu greifen als bei früheren Kämpfen. Während des vorigen Streiks haben die Maschinen, die die Pumpen bedienen, die Arbeit fortgesetzt; denn wenn die Pumpen stillstehen, füllen sich die Gruben mit Wasser, und es dauert dann viele Wochen, ehe die Arbeit in den Gruben wieder aufgenommen werden kann. Diesmal hat die Föderation der Bergleute die Weisung gegeben, daß auch die Maschinen ihre Arbeit einzustellen haben; die Pumpen stehen still, das Wasser steigt in den Gruben, eine beispiellose Katastrophe droht dem Bergbau. Durch dieses letzte, äußerste Mittel versuchen es die Bergarbeiter, die Kapitalisten zum Nachgeben zu zwingen. Den Ausschlag auf die Lebenshaltung der Bergleute abzuwehren. Die Bergwerksbesitzer legen sich dagegen zur Wehr, indem sie Ingenieure, Bergwerksbeamte, Werkmeister an die Pumpen stellen; aber dies führt zu gewaltigen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und den Polizisten, die die Streikbrecher gegen die Empörung der Arbeiter beschützen. Während der Oktoberstreik ganz ruhig verlief, werden diesmal aus allen Kohlenrevieren blutige Zusammenstöße gemeldet.

Die Erregung steigt, und beide Teile rüsten. Die Regierung hat den Kriegszustand verhängt, Felderbetten einberufen, große Truppenmassen angeordnet und die Behörden mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet. Die Bergleute aber haben an die Solidarität der ihnen verbündeten Organisationen der Eisenbahner und der Transportarbeiter appelliert. In der Tat ist die Sache für die Bergleute kämpfend, die Sache der ganzen britischen Arbeiterklasse. Gelingt es den Bergarbeitern, der weitaus zahlreichsten und mächtigsten Schicht der britischen Arbeiterklasse, eine Lohnherabsetzung um die Hälfte aufzuzwingen, dann werden sich die übrigen Arbeiter des Lohnbruchs nicht erwehren können. Daher haben die Eisenbahner und die Transportarbeiter an die Regierung ein Ultimatum gestellt: wird der Lohnkampf im Bergbau nicht bis zum Dienstag beigelegt, dann treten die Eisenbahner und die Hafenarbeiter in den Streik! Zur Katastrophe im Bergbau gesellt sich dann die Hungersnot im ganzen Lande. England gerät in die schwerste wirtschaftliche und soziale Krise seiner ganzen Geschichte. Der Lohnstreik im Bergbau wird zur Revolution.

Während des Krieges stand der englische Kohlenbergbau unter staatlicher Kontrolle. Die Regierung legte die Kohlenpreise und die Arbeitslöhne der Bergleute fest. Seit der Beendigung des Krieges kämpft aber auch die englische Bourgeoisie für den „freien Handel“. Sie legte ihren Willen durch. Die staatliche Kohlenkontrolle trat vor kurzem außer Wirksamkeit. Der Kohlenpreis wird nun auf dem freien Markt, im freien Wettbewerb gebildet. Infolge der Abzuckerung sinkt er sehr schnell. Die schlechtesten, weniger ergiebigen Kohlengruben sind bei dem sinkenden Kohlenpreis nicht mehr imstande, die bisherigen Löhne zu bezahlen, während die besseren, ergiebigeren Gruben auch bei den sinkenden Kohlenpreisen, auch ohne Senkung der Löhne, noch hohe Profite erzielen. Sollen auch die weniger ergiebigen Gruben in den Stand gesetzt werden, trotz der sinkenden Kohlenpreise die bisherigen Löhne weiterzugeben, so gibt es nur zwei Mittel: Entweder muß der Staat die weniger ergiebigen Gruben subventionieren; dagegen wehrt sich die Regierung aus finanziellen Gründen. Oder man muß alle Gruben zu einer einzigen Unternehmung vereinigen, damit die Ueberflüsse der ergiebigeren Gruben den Verlust in den minder ergiebigen decken; aber das bedeutet die Sozialisierung des Bergbaues, und davon will die kapitalistische Regierung nichts hören. So hat sich die Regierung selbst durch die Aufhebung der staatlichen Kohlenkontrolle, durch die Wiederherstellung des „freien Handels“ vor ein auf kapitalistischer Basis unlösbares Problem gestellt; und doch muß sie es bis

Donnerstag, 10. April. Wenn sie England nicht in eine Krise hineingeworfen hätten...

Lord George spielt offenbar ein doppeltes Spiel. Die Lage seiner Regierung hat sich in den letzten Wochen empfindlich verschlechtert. In Irland wütet der Bürgerkrieg. Nur mit brutalster Gewalt, mit Willkürherrschaft, Ausnahmegericht, Strafbefehlen...

Ein doppeltes Spiel. Lord George. Aber das Spiel kann ihm und seiner Klasse diesmal gefährlicher werden als jemals zuvor. Denn wenn es nicht gelingt, in letzter Stunde noch den Sturm zu beschwören, dann bricht viel mehr zusammen als Lord Georges Regierungsgedanke...

Laßt ab vom Klassenkampf?

Von Adolf Donnd.

Die nach der Revolution geschaffene Verfassung konnte wohl freibürgerliche Forderungen, aber keine Aufhebung der Klassengegensätze bringen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritt bestanden weiter in völliger Blüte. Erhöhter künftiger die früher von jeder verantwortlichen Mitwirkung völlig ausgeschaltete Klasse an. Sie, die die erlebten Abben, des leuchtenden Ziel vor sich sieht, kennt kein Ermatten; der Klassenkampf ist ihr Emporsteigungsbedingung. Ein Nachlassen, ein Verzicht auf den Kampf und den Sieg wäre Rückschlag, Verrückung.

Von Grund aus anders empfindet die in Genuß und Besitz der herrschenden Klasse den Aufbruch der Ererbten. Sie steht Herrschaft, Fortschritt und Wohlleben verloren. Sie kämpft um das Bestehende — die Gegenwart gegen die Zukunft, das Alte gegen das Neue. Und die Widerstand unter ihnen kämpfen in dem Bewußtsein, daß der Widerstand auf die Dauer vergeblich ist. In dieser den Kampfesmut schwächenden Gewißheit hoffen sie auf Wunder und klammern sich wie der Ertrinkende an den Strohhalme.

Aus dieser Situation heraus ist das ewig wiederholte Vordringen aus dem Reiben der herrschenden Klasse zu verstehen: Laßt ab vom Klassenkampf! Ein schneidender Erinnerung an vergangene Zeit, in der es nur eine wehrlose, widerstandlose, unterdrückte, aber keine organisierte Volksmasse gab, die um Freiheit und Aufstieg kämpfte. Nun soll die „Einheitsfront“ unter junkerlich-deutschnationaler Führung, sollen die parteilosen Volksbünde diese Kampfesfront zermürben. Das sind Träume der um ihre Vornachstellung Bangenden.

Solange sie sich in ihrer Herrschaftsstellung unbedroht fühlen, bestimmen sie den politischen Charakter des ganzen staatlichen Lebens. Die seit der Revolution wirkende Demokratie hat diese Allmacht gebrochen. Ungehörige bisher Einflüsse sind zum politischen Denken erwacht. Lehen immer klarer den Wert der neu gewonnenen politischen Rechte. Was einzuwirken, insofern der politischen Unruhe nach großer Massen zum Teil nur auf dem Papier steht oder gar gegen die Massen ausbleibt, wird allmählich mit Geist und Leben erfüllt und damit zum wertvollen Kampfmittel des Volkes.

Das fürchten die einstmaligen Bevorchtenen. Und darum versuchen sie den Parteikampf, der eine Folge des politischen Erwachens des Volkes ist. Denn sie meinen ja immer nur den Parteikampf, der gegen sie gerichtet ist. Wenn a. S. die in kapitalistischen Diensten stehende Presse über die Volksgerechtigkeit und den Parteikampf in Deutschland jekt so ist das die Niederkeit des Volkes, der das Schaf beschuldigt, es trünke ihm das Wasser fort.

Diesen Versuch, den Klassen und Parteikampf zu überwinden, um hinterher die alte konservativ-monarchistische Parteiherrschaft wieder aufzurichten, wird das Volk durchschauen; es wird ihn so, wie er es verdient, zu würdigen wissen.

Die Wiedergutmachungsfrage ein Problem der internationalen Arbeiterbewegung.

Mannheim, 11. April. In einer von der S. P. D. einberufenen Versammlung sprach Oberbürgermeister Scheidemann (Kassel) über die politische Lage. Er legte u. a. dar: Wir kommen in den unglückseligen Krieg gegen den Willen des Volkes, auch der Regierung. Das Verlangen der Entente im Versailler Vertrag, uns die Kollisionschuld zuzuerkennen, hat mich in erster Linie veranlaßt, die Unterdrückung zu verweigern. Der Redner brandmarkte die Abneigung der Behauptung der Gegenseite, daß man seinen Krieg gegen das deutsche Volk führe, wenn man ihm dann im Friedensvertrag Bedingungen auferlegt, die das deutsche Volk direkt verstoßen müßten, und man später in Spa und London diese Bedingungen noch verschärfte. „Ich weiß“, sagte Scheidemann, „daß Dr. Simons als ehrlicher und aufrichtiger Mann in London gehandelt hat. Er hat aber den Demagogen auf der anderen Seite die Arbeit leicht gemacht, indem er ihnen die Möglichkeit gab, diese Gegenüberstellung zu machen. Wie fordern 226 Milliarden. Ihr aber bietet 30 Milliarden.“ Dabei hat Minister Dr. Simons von Anfang an insistiert, daß er die Entente vor der Öffentlichkeit ins Unrecht hätte setzen können. Die Folge des Scheiterns der Verhandlungen in London waren die Sanktionen. Es ist kein Zweifel, daß die Entente uns vollkommen ruinieren kann. Aber ich bin fest überzeugt, daß sich dann mindestens Frankreich mitruinieren wird.“ Redner kommt dann auch auf den Kohlenstreik in England zu sprechen. Es ist lächerlich, was für Schwierigkeiten man uns wegen der Schuppeliger macht, wenn man sieht, wie Lord George seine bewaffneten Heerhaufen mobilisiert gegen streikende Arbeiter, und das in einem siegreichen Lande ohne Rappisten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, Frankreichs und Englands sind einig über das, was von Deutschland verlangt und was auch geleistet werden kann: Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Material und Arbeitsleistung. Daß darüber hinaus noch Geldleistungen aufgebracht werden müssen, hat Dr. Simons in seinem Briefwechsel mit Amerika klar ausgesprochen. Zwei große Ziele der Reparation liegen vor: 1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, 2. Beschaffung sofort greifbarer größerer Vorräte in fremden Devisen. Scheidemann hält es für unbedingt notwendig, schnellstens neue Vorschläge wegen der Reparation zu machen, also jedenfalls vor dem 1. Mai, um nichts zu verpassen. Denn nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet ist, besteht für jede Reichsregierung die Pflicht, ihn auch nach Möglichkeit zu erfüllen. Die beste Stütze in unserm Bestreben, eine Revision des Friedensvertrages zu erreichen, sind die Arbeiter in den Ententestaaten. Die internationalen Beziehungen zwischen den Arbeitern zu pflegen, ist deshalb eine wichtige Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage.

London, 11. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ will erfahren haben, daß eine neue englisch-französische Krise in der Frage der Reparation bevorstehen soll. Die Franzosen hätten erklärt, daß sie nach dem 1. Mai zu neuen Sanktionen übergehen würden. Mit einem solchen Schritt würde sich Frankreich noch weiter von seinen Verbündeten entfernen. In britischen amtlichen Kreisen frage man sich perplex, worauf denn die französische Politik abziele. Angenommen, ein weiteres Stück deutschen Gebietes werde beiseite — angenommen die Franzosen marschieren nach Berlin —, was sei damit gewonnen? Auf diese Frage bleibe Frankreich die Antwort schuldig. Man könne sich nur schwer dem Gedanken verschließen, daß Frankreich diese Frage niemals in Erwägung gezogen habe und keine Antwort darauf geben könne. Es sei wichtig, daß den Franzosen die Realität klar gemacht werde, die Downing Street vorschläge. Die britische Regierung könne nicht verstehen, wie die Franzosen hoffen, die Bezahlung der deutschen Entschädigung in 20 oder 50 Jahren durch einen Vormarsch nach Berlin zu sichern. Denn man müsse nicht vergessen, daß mit Bezug auf die Bezahlung der fünf ersten, in Paris festgesetzten Jahreszahlungen zwischen Deutschland und den Alliierten eine Meinungsverschiedenheit nicht herrsche. Die Deutschen hätten die fünf Jahreszahlungen angenommen und die Bedingung, die damals dafür gestellt wurde, nämlich, daß Überschüssen ohne Abstimmung (?) an Deutschland gehen solle, sei durch die Abhaltung der Abstimmung aufgehoben worden. (Eine solche Bedingung ist bekanntlich niemals gestellt worden. Die Redaktion.) Soweit die Reparationen in Betracht kämen, sei die Lage die, daß die obersteletische Frage ausgeschaltet sei und unabhängig geregelt werde. Ein anderer wichtiger Punkt, den die französische Regierung unbedingt verstehen müsse in Anbetracht der neuen Reparationskonferenz, die jetzt unvermeidlich ist, sei der, Frankreich müsse Geld, England aber wolle Handel, und die englischen Bedürfnisse seien vitaler als die französischen, solange frühere britische Märkte in Europa den Engländern verschlossen seien. Infolge des Beschlusses der Franzosen auf militärischen Zwangsmassnahmen und der daraus folgenden Verwirrung der wirtschaftlichen Beziehungen könne England niemals mit seiner Wiederherstellung beginnen. Nur Offenheit könne die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich in der Reparationsfrage überbrücken. (Wir haben die Kunde von englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten bei der Liquidation des Krieges schon sehr oft vernommen und zweifeln auch keineswegs, daß der mächtige, kühl rechnende englische Kapitalismus sich bei der französischen Draufgängerpolitik höchst unbehaglich fühlt. Aber bis zu einer ernstlichen Auseinandersetzung dieser Interessengegensätze zugunsten Deutschlands wird es doch noch einer sehr langen Zeit bedürfen. D. Red.)

Georgien und die russischen Schwarzen.

Die Moskauer kommunistische Regierung erntet bei ihrer Verdrückung des georgischen Fre...

staates der vollsten Sympathie der russischen Schwarzen.

Der bekannte Pogromhüpfing Schulgin schreibt über die Befehle Georgiens durch die russischen, bolschewistischen Truppen in seiner monarchistischen Zeitschrift „Russe und Welt“:

„Die Roten mahnen, daß sie zu Ehren der Internationale kämpfen. Tatsächlich, wenn auch unbewußt, wird von ihnen Blut vergossen, nur um das von Gott behütete russische Kaiserreich wieder herzustellen. Ihre Armeen werden sich weiter bewegen bis zu Ländern, wo fremde Staatsorganisationen ihnen harten Widerstand leisten werden. Und das werden die natürlichen Grenzen des künftigen Russlands sein. Die Internationale wird „weggeräumt“ werden, die Grenzen werden bestehen bleiben!“

Diese Verkündung des schmerzhaften und blutigen Hauptlings der zaristischen Reaktion ist in hohem Grade beachtenswert. Denn genau so wie er, dem es gelang, ins Ausland zu flüchten, denken alle Brisslowas, die großen und kleinen zaristischen Generale, die sich der bolschewistischen Regierung zur Verfügung gestellt haben — natürlich nur, um die Stunde abzuwarten, die ihnen ermöglicht, ihr das Genick zu brechen und die Internationale mit dem Blute der russischen Arbeiter auf Jahrzehnte „wegzuwischen“.

Und diese alten zaristischen Generale und Pogromhüpfinge vermehren heute — im Namen der 3. Internationale! — ein kleines freies Land, dem es gelungen war, das Joch des Zarismus — des schwarzen wie des roten — von sich abzuschütteln, und das in friedlicher, zäher Arbeit Lebensbedingungen schuf, die die besten Bestrebungen der Menschheit zu verwirklichen schienen. Es ist daher kein Zufall, daß neben der Entrüstung, die die europäische Arbeiterschaft zum Ueberfall Sowjetrußlands auf Georgien überall zum Ausdruck bringt, die russischen blutigen Pogrombanditen ihr Einverständnis mit der Moskauer Regierung und ihre Zufriedenheit äußern.

Sich selbst geohrfeigt

haben die „Danziger Neuesten Nachrichten“ in ihrer gestrigen Ausgabe durch die nachstehende Notiz:

„Der Deutsche Reichs- und Preussische Staatsanzeiger“ hat des Ablebens der Kaiserin mit drei Zeilen an verstedter Stelle des Textes gedacht. Recht bezeichnend für den augenblicklichen Kurs.“

Der „augenblickliche Kurs“ der sozialistischen Regierung des Deutschen Reiches wird bekanntlich ausschlaggebend von der Deutschen Volkspartei beeinflusst, der die „Danziger Neuesten Nachrichten“ besonders nahe stehen. Wenn selbst diese Regierung den Tod der Privatfrau ohne jede Bedeutung als belangloses Ereignis empfindet, so erscheint dadurch die Abneigung des Bürgerturns gegen den monarchistischen Schwundel im hellsten Lichte. Es ist nur schade, daß die kurze Mitteilung des „Reichsanzeigers“ in Wirklichkeit ganz und gar nicht „bezeichnend für den augenblicklichen Kurs“ ist. Deshalb findet die tadelnde Absicht, die in dem Kommentar der „Danziger Neuesten Nachrichten“ zum Ausdruck kommt, unsere uneingeschränkte Zustimmung.

Kleine Nachrichten.

Niederlage der Dönmänner. In Frankfurt a. M., der Hochburg Dönmänner, liegt bei der Wahl der Bezirksbelegierten des Metallarbeiterverbandes die Liste der Mehrheitssozialisten über die der Unabhängigen und Kommunisten. Unsere Liste erhielt durchschnittlich 443 Stimmen, die unabhängige 366, die kommunistische 104. Somit ist die mehrheitssozialistische Mitgliedschaft allem schon fast so stark, wie die beiden anderen Richtungen zusammen. — Leichtverständlich, denn in Frankfurt hat Dönmänner persönlich — und wie! — begonnen, den „revolutionären Geist“ anzugleichen.

Ein schwerer Verlust hat unseren dänischen Genossen Stauning, den Vorsitzenden der dänischen Sozialdemokratischen Partei, betrogen. Als er am Sonntag mit seiner Gattin eine Radtour machte, wurde Frau Stauning von einer Autobremse überfahren und sofort getötet.

Ergebniswahl in England. Bei der Ergebniswahl in Taunton siegte der Kandidat der Koalition, Ackerbauminister Sir Griffith Pugh, gegen den 12.994 Stimmen erhielt über den Kandidaten der Arbeiterpartei, für den 8200 Stimmen abgegeben wurden.

Einstellung der Beamten streikbar. Das Reichsgericht hat in einer Entscheidung vom 19. Januar 1921 sich dahin ausgesprochen, daß die Forderung mit Kommissarstreik streikbar ist. Es heißt in dieser Entscheidung, daß nach § 114 des Strafgesetzbuches es als strafbare Nötigung anzusehen ist, wenn es jemand unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder Beamte zur Unterlassung von Arbeitshandlungen zu nötigen. Es kann eine solche strafbare Drohung auch vorliegen, wenn solche Nachteile in Betracht kommen, die das Wohl und die Sicherheit der Allgemeinheit treffen würden, und zwar jedenfalls dann, wenn die Nötigung der von der Drohung berührten allgemeinen Interessen den Beamten obliegt oder wenn die Gefährdung der Interessen irgendwie eine benachteiligende Wirkung innerhalb des Arbeitskreises der Beamten zu äußern vermag. Das Reichsgericht sah diese Voraussetzung der Strafbarkeit als erfüllt an in einem Falle, wo die Hilfspolizeibeamten einer Stadt den Oberrichtermeister mit Streik bedroht hatten. Es genügt in diesem Falle zur Strafbarkeit, wenn die Drohung mit dem Bewußtsein durchgeführt war, daß die Furcht vor den Wirkungen des Beamtenstreiks geeignet war, die Willensbestimmung des Bürgermeisters zu beeinflussen. — Nach dieser Entscheidung werden die Beamten erkennen, daß es notwendig sein wird, mit größter Vorsicht die jenseitige Gesetzgebung im Sinne einer demokratisch-republikanischen Rechtspflege zu ändern. Die bisherigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches sind nach unserer Auffassung durch die neue Volksmeinung, die in der Reichsverfassung in Bezug auf die Beamten festgelegt ist, insoweit außer Kraft getreten, als sich der Beamte das Recht hat, sich in Vereinigungen zusammenzuschließen. Diese Vereinigungen können zum Zweck der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Beamten gebildet und die gestellten Forderungen mit den Mitteln, die der Staat zu ihrer Befriedigung auch den Beamten gibt, durchgesetzt werden.

Brotpreisausgleich für Erwerbslose.

Festsetzung des Armengeldes auf mindestens 30 Mk.

Stadtverordneten-Sitzung vom 12. April 1921.

Der nächtliche Aufruf ergab die Anwesenheit von 27 Stadtverordneten. An Stelle ausgeschiedener Stadtverordneten wurden die Herren Cuißhorst (Dt. V.) und Wierski (Pol.) in der öffentlichen Sitzung in ihr Amt eingeführt.

Bürgermeister Dr. Rall widmete der verstorbenen früheren Assessorin einen Nachruf. Stadtverordneter Herrmann sprach über die bürgerlichen Stadtverordneten, einschließlich der Polen, hörten die Worte stehend an. Die Linke hatte den Saal vorher verlassen.

In den Ratskammer, der gemeinsam mit Magistratsvertretern und dem Senat die Geschäftsbüro der Verwaltung der Stadtverwaltung prüft, wurden die Stadtv. Behrend, Gabel, Dr. Herrmann, Janssen, Rohde, Dr. Thun, Dreißli, Runge und Pfeilau gewählt.

Zentrale Beschaffung des städtischen Bedarfs.

Für die Beschaffung einer Additionsmaschine für die städtische Sparkasse wurden 65 000 Mark verlangt.

Stadtv. Ern. Grünhagen hatte gegen den geplanten Ankauf nicht einzuwenden. Es sei aber ein unheilvoller Zustand, daß jedes Bureau auf eigene Faust wirtschaftet. Das gesamte Material für städtische Zwecke müßte von einer Zentralkasse mit kaufmännischer Leitung beschafft werden.

Bürgermeister Dr. Rall erklärte, daß der gesamte städtische Schreibmaterialbedarf bereits zentral beschafft wird. Die Beschaffung aller Gegenstände für die Stadt durch ein kaufmännisches Bureau würde wegen der Vielgestaltigkeit nicht zweckmäßig sein. Die Anregung soll jedoch beachtet werden. Der Antrag wird angenommen.

Für die Herrichtung einer Schuldienerwohnung in der Stettenerstraße in Preßen wurden 10 500 Mark bewilligt.

Die Erhöhung der Fahrpreise.

Im wesentlichen von 2 auf 5 Pfennig, wurde ohne Aussprache beschlossen.

Die Erstattung der Umzugskosten in Höhe von 1335 Mk. an den Direktor Dr. Funk vom Statistischen Amt steht auf Widerstand bei den Stadtverordneten.

Stadtv. Janssen (Dt. V.) betonte, daß Dr. Funk lediglich für den Senat tätig gewesen ist, dieser beschloß auch die Umzugskosten tragen zu müssen.

Stadtv. Gen. Grünhagen erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion den Antrag ablehnen werde, weil Dr. Funk nicht im Dienste der Stadt beschäftigt worden ist. Außerdem enthalte die Forderung Beträge, die nicht als Umzugskosten anerkannt werden können.

Bürgermeister Dr. Rall erklärte die Höhe der Umzugskosten durch die Ueberführung der Privatbibliothek des Direktors Funk, und zog darauf den Antrag zurück.

Übernahme in die Freikörperbewegung.

Wahlamt, Presseamt, Statistisches Amt und chemisches Untersuchungsbüro sollen ab 1. Mai in die Verwaltung des Freikörperbundes übergehen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Die Erhöhung des Stempelgeldes auf den Marktplätzen.

wurde nach dem Antrage des Magistrats ohne Debatte beschlossen.

Das Altersheim Pelonken.

führte bei der ersten Sitzung des Staats dieser Anstalt zu einer längeren Aussprache.

Stadtv. Fr. Lauerbach (Dt. V.) wies darauf hin, daß das Altersheim Pelonken nur umgerechnet von den alten Zeiten aufgeführt wird. Sie fühlen sich dort zu einsam. Man möge den Insassen etwas Abwechslung verschaffen. Auch wird über das Essen geredet. Bei zweimaligem Besuch habe sie festgestellt, daß die Suppe sehr dünn war. Es sei zweckmäßig, zwei sachverständigen Frauen das Recht zu erteilen, das Essen jederzeit zu prüfen.

Stadtv. Gen. Behrend erklärte ebenfalls, daß das Essen der Pflegekinder zu wünschen übrig lasse. Mehrmalige Proben hätten ergeben, daß das Essen im Arbeiterhaus Sandgrube besser ist. Der Satz von 2,60 Mk. pro Pflegekind und Tag sei zu gering. Die verabfolgten 270 Gramm Brot pro Tag würden ausreichen, wenn die nötigen Zutaten und eine nahrhafte Mittagsmahlzeit verabfolgt würden. Zurzeit reicht die Verpflegung aber nicht aus. Man sollte den Invaliden der Arbeit wenigstens eine kräftige Abend-Suppe verabreichen. Gegen die Anstalt herrsche eine große Abneigung.

Stadtrat Dr. Mayer versprach, die Wünsche und Anregungen zu beherzigen. Von der Mitarbeit der Frauen versprach er sich Gutes. Auch er habe schon Klagen wegen des schlechten Essens gehört.

Stadtrat Neumann erklärte, daß die Abneigung gegen das Altersheim Pelonken schon seit langen Jahren bestehe, weil sich die Pflegekinder der Hausordnung fügen müssen, was von vielen als Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit betrachtet wird.

Stadtv. Fr. Rühmann (Dt. V.) verteidigte die Ansicht, daß die Abneigung gegen die Pelonker Anstalt unberechtigt ist. Der Etat wurde darauf in erster Lesung genehmigt. Er erfordert einen städtischen Zuschuß von 608 604,28 Mark.

Der Haushaltsplan der Stadt Seebäderverwaltung.

schließt in Einnahme und Ausgabe mit 215 300 Mk. ab, ohne daß ein Zuschuß erforderlich ist. Im Vorjahre war ein Zuschuß von 50 000 Mark erforderlich.

Stadtv. Fr. Dilschke bedauerte, daß zur Erschließung der Küste so wenig getan worden ist. Die Verkehrsverhältnisse nach dem Seebad müßten dringend verbessert werden. Notwendig sei auch die Wiederaufnahme des Fährbetriebes im Seebad.

Stadtschulinspektor Mayer-Borchhausen erklärte, daß die Stadt ein Interesse an der Hebung des Verkehrs nach den Seebädern habe und diesbezügliche Schritte unternehmen werde.

Der Einfluß der Beschaffenheit und Gelage.

wurde vom Stadtv. Scheller (Dt. V.) berührt. In der Bargeschicht herrsche Unruhe gegen die Reichsregierung, weil sie den Verkehr wegen des Streiks eingestellt habe. Ausländische Schiffe erlitten großen Schaden. Hunderttausende Mark gingen verloren. Die Forderungen der Streikenden seien horrend. (Zuruf bei den Sozialdem.: 18 Stunden Arbeitszeit!) Die achtstündige Arbeitszeit sei in der Schifffahrt nicht durchführbar.

Der Etat wurde in erster Lesung angenommen.

Der Haushaltsplan der

Feuerbestattungsbewilligung.

steht eine Mehrausgabe von 20 600 Mk. vor. Da die Anstalt sich aus eigenen Mitteln erhalten muß, ist eine Erhöhung der Gebühren erforderlich.

Stadtv. Braun (Zentrum) brachte einen Fall zur Sprache, wo Leidtragende durch den Hausmeister ungebührlich behandelt wurden. Auch erfolge die Beilegung der Urnen in wenig eindruckvoller Form.

Stadtv. Roggenbuck (Unabh.) wünschte einen häufigeren Hinweis auf die Anstalt und Befestigung der Bedingungen der Feuerbestattung.

Bürgermeister Dr. Rall sagte in Bezug der Beschwerden zu. Die Hinweise sollen wieder regelmäßig in den Zeitungen erscheinen. Der Etat und damit die Erhöhung der Gebühren wurden genehmigt.

Der Haushaltsplan des Stadttheaters wurde vom Bürgermeister Dr. Rall zurückgezogen; die Stadt des chemischen Untersuchungsbüros und der Rechtsanwaltskanzlei genehmigt. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde dann eine Entschließung angenommen, in der die Stadtverordnetenversammlung die ständige Kontrolle der Waisenhäuser und des Altersheims durch 2 weibliche Stadtverordnete fordert.

Die Not der Arbeitslosen und Armengeheimempfänger.

behandelte folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Bezüge der Arbeitslosen und Armengeheimempfänger zu erhöhen. Die fortgesetzte Teuerung der Lebenshaltung, besonders hervorgerufen durch die enorme Steigerung der Brotpreise, macht einen Ausgleich der Bezüge zur dringenden Notwendigkeit.“

Zu diesem allgemeinen Antrag lag noch ein Zusatzantrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, den Armengeheimempfängern von jetzt ab als Mindestsatz neben Naturalleistungen 80 Mark monatlich zu zahlen. Von den Unabhängigen wurde folgender Zusatzantrag gestellt:

„Die Kinder der Arbeitslosen und Armengeheimempfänger erhalten Schulspeisung, und zwar Frühstück und Mittagessen. Die Cuarter speisen ist damit zu verbinden. Die Kinder der Arbeitslosen bis zum sechsten Jahre erhalten kostenlos Milch geliefert.“

Stadtv. Gen. Behrend betonte nachdrücklich, daß die heutige Unterstützung für die Erwerbslosen nicht entfernt ausreiche. Die meisten Arbeitslosen haben schon längst das letzte Stück Brot veräußert oder verkauft, und sind trotzdem vor Hunger entkräftet. Es sei Aufgabe der Behörden, einzuschreiten. Die vom Magistrat beabsichtigte Erhöhung von 60 Pf. für den Arbeitslosen, 20 Pf. für die Frau und 15 Pf. für jedes Kind, sei zu gering. Die Armen-

Frotté-Stoffe 100 cm breit Meter 29⁵⁰ Walter & Fleck

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angenruber. (Fortsetzung.)

„Als er lange nicht antwortete, wandte sie ihr ihr Gesicht zu. Ihre Lippen waren gerötet, die Augen sahen verweint aus.“

„Du schüttelst er traurig den Kopf.“

„Sie ließ das Messer in die Schelle, rühte auf den Knien herzu bis an den Zaun, griff den Saum ihres Rockes auf, reinigte ihre Finger von der Erde und sagte dann: „So gib mir deine Hand.““

„Er reichte sie ihr dar und sagte mit schließender Stimme: „Ich bin dir's nit.““

„Sie sah ihn überrascht an. „Ich dir doch nit.“ flüsterte sie. Er zog seine Hand zurück und rang sie mit der andern ineinander.“

„Selene, wie hast mir nur das antun können.“

„Sie schrie sich ab und bohrte mit dem Messer, daß sie wieder ergriffen hatte, paarmal in die Erde. „Ich weiß es selber nit.“, brach sie mit rauher Stimme los, es klang hart, fast abstoßend.“

„Es muß mich rein der Teufel geritten haben. Schab, daß mer's beredelt! Gesehene's laßt sich nimmer umgesehn machen.“

„Aber doch vergessen.“

„Daß kannst du ja leicht für deinen Teil, wie überhaupt die Mannsleute in denen Schicksalen besser daran sein. Neben mir von was andern.“ Sie erhob sich, warf das Messer hinter sich und trat einen Schritt näher. „Daz mer bald gratulieren?“

„Wem meinst? Und wozu?“

„Na, euch, die und der Sepherl, dem einen zum andern.“

„Er ward rot und verlegen wie ein Mensch, den eine schamlose Nachrede verwirrt. „Du bist falsch berichtet.“, stotterte er. „on was denkst keines von uns zweien.““

„Die Sepherl gewiß, das sage ich dir; ich weiß das seit langem, ohne daß sie mir es hätte einzugestehen brauchen, noch von der Zeit her, wo wir miteinander gingen sein.“

„Müderl! seufzte sie auf. „Sie ist wohl a brave Frau, aber sie möchte mich bedauern, wenn es so war wie du sagst, an deine Stelle kann keine treten.“

„Überlegst du dir's wohl, was ein anderer übel gemacht hat, gut zu machen, und ich bin zu gewist, als daß ich es mit einem zweiten noch verschlechter.“

„Der Burische sah sie mit großen Augen an. „Ich verstehe dich nit.“, sagte er. „nur wenn du meinst, daß ich es anders meine als ehrlieh, so hast a falsche Meinung.“

„Tschapperl.“, sagte sie, ihm ganz nahe tretend und fest in die Augen blickend. „Du weisst eben wenig vom Gesehene. War der Bus vom Sternsteinhof gegen dich grab, so war er gegen mich ein Schuft! Daß ich dich ausgegeben und mich mit ihm eingelassen habe, das muß ich jetzt schwer genug büßen; du kannst zufrieden sein! Er hat versprochen, daß er mich zu seiner Bäurin macht und...“

„Was soll ich dir's für dein ehrlieh Meinen nit gleich da an der Stelle sagen, was ich nit lange mehr vor den Reuten verbergen werde können? ... In die Schande hat er mich gebracht!“

„Der Burische begann zu zittern, kein Antlitz ward freudebehold, seine Mundwinkel zuckten und die Augen, mit denen er die Dorn Nüchlich anstarrte, füllten sich mit Tränen.“

„Sie wandte das plötzlich erglühende Gesicht von ihm ab und mit beiden Händen ihn über den Ellbogen anfassend und sagte rüttelnd, raunte sie ihm zu: „Aber — Müderl — es ist ja nit wahr.“

„Er schüttelte leise.“

„Da drückte sie den Kopf gegen seine Brust und viel schluchzend: „Es ist wahr. — ja, es ist wahr. — ich bin ganz elend und verloren! Stoh mich weg! Stoh mich weg von dir!“

„Aber er ließ sie gehn und nach einer Weile fühlte sie seine Hand ihren Schenkel begütigend streicheln.“

„Und wie sie so an ihn geschmiegt war, mit gesenkten, tropfenden Wimpern, daß Ohr an seinem hämmernenden Herzen, vergaß sie ihm die Schwäche, die immerhin großmütige Schwäche, mit der er sie eine für ihn herblühe Wahrheit nicht entgelten ließ, mit einer überzuckerten Boge. „Wärst du mir je gekommen.“ — ihre Stimme klang noch unter den Nachschößen des verumwandenen Schicksals.“

„Nur halb so ausdrücklich wie der Lärm, es klangte heute alles anders sein.“

„Der Burische holte so aus dem Tiefinnersten Atem, daß es den Kopf der Dorn von seiner Brust wegtrieb. „Selene.“, stammelte er. „Was will ich machen? — Ich kann mir nit denken, ohne dich zu sein.“

„Wenn ich dich doch nähme.“

„Für den Fall.“, — er fuhr weiter redend, — laß dich bedeuten! Wie ich jetzt vor dir stehe, als ledige Dorn im Nüchlich, mich ich wohl dir wie jedes Menschen sein Mitleid dankbar hinnehmen; nimmst du mich aber zum Weib.“ — sie richtete sich auf, legte ihre

Hand schwer auf seine Schulter und fuhr hart und rüchlos fort: — „dann verlangst ich, behandelt zu werden wie jedes anders solches und nachdem ich dir offen alles gebeichtet und ehrlieh gestanden habe, daß du mich unter dein Dach nimmst, nit wie sonst der Brauch und auch nit allein, vertragen ich weder, daß du sagst, du hältst mich nur aus Mitleid genommen, noch, daß du mit einem Vorwurf aus dem Vergangenen machst!“

„Ich mach dir auch keinen und tat schon rechtlichen sorgen für dich und für das — andere.“

„Sie sah ihn mit großen Augen durchdringend an. „Dein Ernst?“

„Er nickte und bot ihr beide Hände.“

„Sie schlug ein und sagte kurz und fest: „Es gilt!“ Da aber überwallte sie die Rührung über die Gutmütigkeit des Burischen, sie drückte seine Rechte an ihr Herz, dann an die Lippen. „Müderl.“, rief sie, „du bist doch mein wahrhafter Helfer in der Not! Daß du mich so lieb halt und vor der Schande errettet, das vergeß ich dir in alle Ewigkeit nit!“

„Sie meinte es in diesem Augenblick gewiß aufrichtig, aber, ach, die kurzlebigen Menschen denken nicht, wie viel an den Ewigkeiten, mit denen sie um sich werfen, oft eine kleine Spanne Zeit ändert.“

„Nachdem sie eine Weile schweigend sich an den Händen gehalten, fragte die Dorn, den Burischen ärztlich anblickend: „Kannst herüber?“

„Sie meinte über den Zaun.“

„Er deutete lächelnd nein.“

„Dann komme ich!“ Sie schlang sich flink über das niedere Gatter, ohne auf ihre künftige Gewandung zu achten; sah es doch niemand als der eine, vor dem ihr ja fester jede Schen ausge-schlossen schien. Nun hing sie an seinem Hals und preßte die dürftigen Rippen auf die seinen und er taumelte unter ihrer Last, wie trunken von ihren Liebesfügen.“

„Da rief es vom Hause her: „Korram essel!“ Als aber die Alleenbinderin in den Garten heraustrat, freilich sie laut auf: „Müderl!“

„Die Dorn tat nur einen Schritt zur Seite hinter das dürftige Gatter. Sie schrie der Alten den Rücken zu und diese sah sie noch ein paar Mal den Kopf neigen und mit den Händen ausdeuten, ehe der Burische sich verabschiedete und langsam heranlief.“

„Als Müderl vor der alten Frau stehen blieb, die ihr mit wackel aufgerissenen Augen fragend anstarrte, wies er mit dem Daumen seiner Rechten hinter sich und sagte zutraulich: „Mußt wissen, Mutter, wir sind wieder gut.“

„Aber!“, schrie sie entsetzt. (Fortsetzung folgt.)

DATE: 11/11/2011

Petrogener Peträge Wegen Diebstahls hat ein vor der
Aufnahme der Schwurgerichter und zwei weitere Angeklagte
an Behörden zu verurteilen. Stender wurde wegen Schwau-
der Diebstahl und kann einer Kasse Geld zu Hause von 20000
ist dann dem einen Knechtchen den Zettel und Geld zu

Verantwortlich für Politik: Dr. Wilhelm Volke, für den
sonstigen Inhalt: und die Unterhaltungsbeilage: Friedrich
Schubert, beide in Leipzig, für die Anzeigen: Bruno Gwert
in Elberfeld. Druck und Verlag von J. Necht & Co., Leipzig.

Bürgerliche Rettungsversuche des Amts- und Dauer senats.

Der Volkstag nahm gestern zu dem Verlangen des Völkerbundes auf Änderung der Verfassung Stellung. Die bürgerlichen Parteien sprachen sich in ihren Erklärungen unter Aufzählung der verschiedensten Gründe gegen die Erfüllung des Verlangens auf Verdrängung der Amtsdauer und der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Senats aus. Die von ihnen angeführten Gründe, daß mit der jetzigen Regelung eine gesicherte, ruhige Entwicklung des Staats- und Wirtschaftslebens gesichert und der ständige Senat aus Sparamtsgründen notwendig sei, wirkten wenig überzeugend und waren alles andere als stichhaltig. Wenn die Zentrumserklärung der Dänen sogar vorschlägt, ihre Stellungnahme sei auf mehr oder minder durchsichtige Hintergedanken zurückzuführen, so trifft dieser Vorwurf wohl am erschlichsten auf die bürgerlichen Vertreter der jetzigen Senats-Mehrheit zu. Die Zusammenhänge zwischen der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und ihrer im Senat befindlichen, um den Völkern beorgten Senatoren reden doch die überzeugendste Sprache. Hier ist es allerdings nicht mehr nur, von stichhaltigen Gründen zu sprechen, da die Zusammenhänge offen zutage treten. Jede Regierungspartei bemühte sich in ihrer Erklärung krampfhaft den Nachweis zu erbringen, daß die Verfassung genehmigt sei und das Änderungsverlangen des Völkerbundes daher „grundlos“ aus Gründen der Selbstbestimmung abgelehnt werden müsse. Die sozialdemokratische Fraktion vertrat in ihrer Erklärung den Standpunkt, daß von einer endgültigen Genehmigung der Verfassung noch nicht die Rede sein könne. Das Verlangen des Völkerbundes sei daher berechtigt, um so mehr die jetzige Senatsform den Freistaat ins Verderben führen würde. Im übrigen sprach die Sozialdemokratie dem Völkerbund nach endgültiger Genehmigung der Verfassung das Recht zu weiteren Forderungen auf Änderungen ab. Diese dürfen nur im Rahmen der Verfassung durch den Willen der Mehrheit des Volkes erfolgen. Die Aussprache endete mit der Annahme der bürgerlichen Entschließung gegen die Stimmen der Dänen. Die Entscheidung liegt nun beim Völkerbund.

Die Sitzung bewies in der reibungslosen Erledigung der weiteren Tagesordnung einen löblichen Arbeitsfleiß.

30. Vollziehung des Volkstages.

Dienstag, den 13. April 1921.

Nach Eröffnung der Sitzung um 3 Uhr verliest Präsident Mathaei ein Schreiben des früheren Präsidenten Generalsuperintendenten Reinhard (Dnall), in dem dieser seine Verletzung mitteilt, sich vom Volkstage verabschiedet und sein Amt niederlegt. An seine Stelle ist Regierungsbaumeister F o h und an Stelle des ebenfalls ausgeschiedenen Abg. König (Dnall) Dr. M e h u s eingetreten.

Das Haus tritt zunächst in die Beratung ein über die vom Völkerbund verlangten Verfassungsänderungen.

Der Verfassungsausschuß hat mit 9 gegen 7 Stimmen nachstehende Entschließung der bürgerlichen Fraktionen angenommen, die nunmehr dem Hause zur endgültigen Beschlußfassung vorliegt:

1. Der Volkstag hält es nicht für zweckmäßig und nicht im Interesse einer gesicherten und friedlichen Lage der Freien Stadt Danzig liegend, die Amtsdauer des Präsidenten und der sieben Senatoren im Hauptamt zu verkürzen. Diese bilden zusammen mit den gleichberechtigten 14 parlamentarischen Senatoren den Senat. Diese Regelung ist mit voller Absicht und aus wohlverwogenen Gründen mit Rücksicht auf die kleinen Verhältnisse der Freien Stadt Danzig getroffen. Der Volkstag hält es für richtig, die Verantwortlichkeit der von ihm gewählten Senatoren, insbesondere des Präsidenten und der sieben Senatoren im Hauptamt, so zu regeln, wie dies in den Artikeln 38, 29, 32 und 19 der Verfassung festgesetzt ist. Durch diese Bestimmungen ist die Verantwortlichkeit des gesamten Senats gegenüber dem Volkstag in hinreichendem Maße gegeben. Das Schwerkgewicht der politischen Macht liegt beim Volkstage. (Vgl. Art. 3 und 42.) Jeder Versuch, die Verfassung in diesem Punkte zu ändern, würde in gegenwärtigem Zeitpunkt zu heftigen inneren Kämpfen und zu einer schweren Erschütterung des Staatswesens führen.

2. Die Verfassung der Freien Stadt Danzig ist infolge der Konstituierungsurkunde vom 27. Oktober 1920/9. November 1920 und des Beschlusses des Rates des Völkerbundes vom 17. November 1920 mit Wirkung vom 15. November 1920 gemäß Artikel 103 des Friedensvertrages von Versailles in Kraft getreten und gleichzeitig unter die Garantie des Völkerbundes gestellt. Hierbei ist der Freien Stadt lediglich die Auflage gemacht, die in dem Beschlusse vom 17. November 1920 unter a bis g näher bezeichneten Änderungen vorzunehmen. Demgemäß können darüber hinaus und in Zukunft Änderungen der Verfassung nur in den Formen des Artikels 48 der Verfassung durch übereinstimmenden Beschluß des Volkstages und des Senates oder durch Volksentscheid zustandekommen.

Die Ansicht der Deutschnationalen.

Abg. Schwegmann verliest für die deutschnationale Fraktion eine längere Erklärung, in der die Meinung vertreten wird, daß die Verfassung vom Völkerbund gewährleistet und eine Änderung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages unvereinbar sei. Die Verantwortlichkeit des Senats wäre durch die 14 nebenamtlichen Senatoren genügend gesichert. Auch eine Änderung der 12-jährigen Amtsdauer wäre nicht erforderlich. Eine Änderung der Verfassung in der Richtung des Völkerbundesverlangens würde zu heftigen, inneren Kämpfen (!) und zu schweren Erschütterungen führen.

„Fortschrittliche“ Verleugnung der Demokratie.

Abg. Voening bringt in einer Erklärung die Stellungnahme der Deutschen Partei zur Kenntnis. Die Demokraten wären schon bei den Verfassungsberatungen für eine lange Amtsdauer der Senatoren eingetreten. Eine parlamentarische Verantwortlichkeit der Senatoren erscheine selbst nach Ansicht der „fortschrittlichen“ demokratischen (!) gesunden Bürger nicht ratsam und läge darin eine schwere Bedrohung für den geregelten Gang der Staatsmaschine. Dem Völkerbund könne für Verfassungsänderungen nur ein Vorschlagsrecht zustehen. Der Völkerbund dürfe seine Stellungnahme nach einmal prüfen.

Die Erklärung der Sozialdemokratie

verliest darauf Genosse Schl:

Der Völkerbund hat durch sein Schreiben M. 21/11/20 an die Freie Stadt Danzig betreffend Änderung der Ver-

fassung auch dem Wunsch geäußert, aber die im genannten Schreiben näher präzisierten Änderungen die Ansichten der politischen Parteien des Volkstages und des Senats kennen zu lernen.

Die sozialdemokratische Fraktion ist nur im Volkstage, aber nicht im Senat vertreten, sie hat daher auf die Entschließungen des Senats keinen Einfluß. Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion ergreift sehr gern die Gelegenheit, dem Völkerbund ihre Ansicht mitzuteilen, zumal seine Wünsche.

Die Senatoren dem Volk und dem Parlament verantwortlich zu machen

und ihre Amtszeit zu verkürzen, sich mit ihren Ansichten decken.

In allen demokratisch regierten Ländern ist die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Volk und dem Parlament oberstes Gesetz. Die Minister jener Länder achten dieses Gesetz und treten von ihren Ämtern zurück, wenn sie für ihre Politik keine Mehrheit im Parlament finden oder wenn durch Neuwahlen eine politisch anders orientierte Mehrheit zustande kommt. Durch diese demokratische Einrichtung wird eine blühende Garantie für die notwendige ruhige und friedliche Entwicklung des Staatswesens erzielt und dieses vor schweren Erschütterungen bewahrt.

Die sozialdemokratische Fraktion war während der Beratungen der Verfassung fortgesetzt eifrig bemüht, durch in die Verfassung aufzunehmende Bestimmungen die Senatoren dem Volk und dem Parlament verantwortlich zu machen. Diese Bemühungen scheiterten aber an dem heftigen und dauernden Widerstande der autoritär orientierten bürgerlichen Kreise des Volkstages, die einen zum Teil imberantwörtlichen, auf 12 Jahre zu wählenden Senat haben wollen.

Dadurch, daß der dem Parlament unverantwortliche Teil des Senats auf 12 Jahre, der Volkstag aber nur auf 4 Jahre gewählt wird, überdauert der Senat den Volkstag um länger als drei Legislaturperioden, bis 1932. Das ist ein nicht nur in demokratisch regierten Ländern, sondern auch für die Freie Stadt Danzig ganz unbilliger Zustand, denn er nimmt keine Rücksicht auf die Möglichkeit zukünftig wechselnder Paritätenmehrheiten und läßt ferner unberücksichtigt, daß der Senat für seine Politik gelegentlich keine Mehrheit im Volkstage finden könnte. Nach dem jetzigen Wortlaut der Verfassung ist der unverantwortliche Teil des Senats in keinem Falle verpflichtet zurückzutreten. Ein derartiger Zustand bietet keine Garantie für eine friedliche Lage, was insbesondere bei dem tatsächlichen Vorhandensein einer schmachvollen Majorität gegenüber einer starken Opposition keines besonderen Beweises bedarf.

Die sozialdemokratische Fraktion ist für die Verantwortlichmachung aller Senatoren und hält

einen aus fünf Mitgliedern bestehenden auf unbestimmte Zeit gewählten Senat

für völlig ausreichend zur Führung der Danziger Regierungsgeschäfte.

Die sozialdemokratische Fraktion ist ferner der Meinung, daß die Danziger Verfassung vom Völkerbundrat noch nicht endgültig genehmigt ist und ihm daher das Recht zusteht, Änderungen der Verfassung zu verlangen. Nach endgültiger Genehmigung durch den Völkerbundrat können Änderungen der Verfassung nicht ohne Zustimmung des Volkstages erfolgen. Ein in solchem Falle etwa gestelltes Verlangen des Völkerbundes auf Änderung der Verfassung würde im Vertrage von Versailles keine Stütze finden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich bereits in der 27. Vollziehung des Volkstages am 21. März 1921 zu dieser Angelegenheit geäußert. Sie nimmt auf diese in der Anlage im Wortlaut wiedergegebenen Meinungsäußerung Bezug.

Außerdem bringt die sozialdemokratische Fraktion in Zusammenfassung ihrer damaligen und der heutigen Meinungsäußerung anliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Danziger Verfassung ein und bittet um Weiterleitung dieses Gesamtmaterials an den Völkerbundrat.

Sozialdemokratische Vorschläge zur Verfassungsänderung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre vordienstlich geäußerte Ansicht zu nachstehendem Entwurf eines Gesetzes betr. „Abänderung der Verfassung der Freien Stadt Danzig“ verarbeitet. Er hat folgenden Wortlaut:

„Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung der Verfassung der Freien Stadt Danzig.“

Artikel 1. Die Verfassung der Freien Stadt Danzig wird wie folgt geändert:

§ 1. Die Absätze 1 und 2 des Artikels 28 erhalten folgende Fassung: Die Staatsregierung liegt in den Händen des aus fünf Mitgliedern bestehenden Senats. Die Senatoren werden auf unbestimmte Zeit vom Volkstag gewählt.

§ 2. Artikel 29 wird durch folgenden Artikel ersetzt: Die Senatoren bedürfen zu ihrer Amtsführung des Beistandes des Volkstages und sind diesem für ihre Amtshandlungen verantwortlich. Ein Senator, dem der Volkstag durch einen ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht, schiedet aus dem Senat aus.

§ 3. Artikel 30 erhält folgende Fassung: Die Senatoren erhalten ein gesetzlich zu bestimmendes Gehalt. Ueber ihr Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung ruht ein besonderes Gesetz.

§ 4. Artikel 34 erhält folgende Fassung: Ein Senator darf kein anderes öffentliches Amt oder sonstige Berufstätigkeit ausüben. Die Zugehörigkeit zu dem Vorstand, dem Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat einer auf Gewinn gerichteten Gesellschaft ist ihm untersagt.

§ 5. Artikel 48 erhält folgenden Absatz 4: Auf Ersuchen des Völkerbundes treten Änderungen der Verfassung nur gemäß der in Abs. 1 und 2 des Artikels 48 vorgesehenen Bestimmungen in Kraft.

§ 6. Dieses Gesetz tritt mit der Genehmigung durch den Völkerbundrat in Kraft.

Die „edle Schlichterin“ der Demokratie.

Abg. Splitt verliest eine lange, dafür aber um so nähere Erklärung der Zentrumsfraktion. Die Erklärung des jetzigen Senats wäre aus Sparamtsgründen geboten. Das Zentrum wäre stets eine Schlichterin der echten Demokratie gewesen. (Ironische Zurechtweisung.) Schwerste Erschütterungen wären die Folgen einer Verfassungsänderung. Das Verlangen des Völkerbundes bedeu-

eine Degradierung des Volkstages. Die Parteien der Dänen waren aus mehr oder minder durchsichtigen Gründen für die Abänderung der Verfassung. Das Zentrum wolle sich jedoch nicht zum Leitzugführer des Völkerbundes machen.

Abg. Kahn (Rom.) begrüßt namens seiner Fraktion das Verlangen des Völkerbundes. Die Abänderung der Verfassung wäre notwendig, um den im März beschlossenen internationalen Charakter des Freistaates und damit zusammenhängenden Wechsel der Paritätenmehrheiten freie Bewegung tragen zu können. Ein aufheben des Äpfels bestehender Senat wäre ausreichend. Weiter fordert Kahler die Befreiung der bestehenden Selbstverwaltung der Stadt Danzig und die Übernahme von Neuwahlen zum Parlament.

Abg. Meißner (NRP.) tritt für die Änderung der Verfassung ein. Gegen die zum 1. Mai beabsichtigte Übernahme der Stadtverwaltung durch den Senat protestiert seine Fraktion. Eine Garantie für den wirtschaftlichen Aufstieg der Freien Stadt Danzig erblicken die Unabhängigen nur in der Schaffung einer verantwortlichen parlamentarischen Regierung.

Abg. Langemann (Pol.) benutzt die Gelegenheit zu einem Exkursus gegen den deutschen Charakter Danzigs. Das Verfassungswort hätte die Befreiungen der politischen Bevölkerung weit übertrieben. Danzig wäre in provokatorischer Weise (!) von vorherein der deutsche Amtsschreiber für alle Zeiten aufgedrückt. Die durch den Friedensvertrag gewährte Gleichberechtigung der Bürger polnischer Zunge und Herkunft würde durch die Verfassung unmöglich gemacht, zumal die Stellung der Politik ausschließlich in Händen von Persönlichkeiten läge. Wie mit allen ihren Worten und Jähren Anhänger der alten Richtung sind. Die trübselige Ausgestaltung der Verwaltungsmacht verleiht den Grundlag der parlamentarischen Verantwortung, an dem die politische Bevölkerung als Garantie für die Freiheit des Bürgers steht. (!) Die polnische Bevölkerung begrüßt das Verhalten des Völkerbundes. Sie billigt die in seinem Schreiben zum Ausdruck gebrachte Auffassung und schlägt dem Volkstage folgende Entschließung vor: Der Senat wird ersucht, mit größter Beschleunigung die Änderungen der Verfassung im Sinne des Völkerbundes in die Wege zu leiten.

Die polnische Fraktion folgt ebenfalls ihrer Erklärung einen Antrag auf Herabsetzung der Verfassung ein, der in der Hauptsache fordert, daß die Senatoren nur auf vier Jahre gewählt und der Senat in seiner Gesamtheit dem Volkstage verantwortlich gemacht wird. Ferner wird gefordert, daß der Abs. 1 des Artikels 4 „Die Amtssprache ist deutsch“ gestrichen wird.

Abg. Pfeiffer (Wild) ist dafür, daß das Verlangen des Völkerbundes auf sofortige Verfassungsänderung möglichst zurückzuführen sei. Da aber die Verfassung noch nicht endgültig genehmigt ist, schließt er sich der Dänen an.

Die Abstimmung.

Die vom Ausschuss vorgelegte Entschließung wird in namentlicher, abschließender Abstimmung mit 66 gegen 37 resp. 66 gegen 33 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion will folgende Beschlässe des Volkstages herbeiführen:

Das jetzige Verlangen des Völkerbundes auf Abänderung der Verfassung ist berechtigt, weil die Verfassung von ihm noch nicht endgültig genehmigt ist.

Ein Recht des Völkerbundes auf Abänderung der Verfassung in Zukunft, nach endgültiger Genehmigung der Verfassung, besteht nicht, weil ein solches Verlangen im Friedensvertrage keine Stütze findet.

Der erste Absatz wird mit 66 gegen 29 Stimmen der S. P. D., N. Z. P. und Polen bei 8 Enthaltungen (Rom.) abgelehnt. Gegen den zweiten Absatz stimmen auch die Polen, so daß dieser mit 72 gegen 22 Stimmen, ebenfalls bei Enthaltung der Kommunisten, abgelehnt wird. Der polnische Antrag wird zurückgezogen.

Der Präsident gibt darauf bekannt, daß die gefassten Beschlüsse sowie die Erklärungen der einzelnen Parteien dem Senat zur schleunigen Übermittlung an den Oberkommissar weitergegeben werden.

Eine Senatsvorlage über die vom Völkerbund bereits im November verlangten Änderungen der Verfassung wird ebenfalls dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Verabschiedung der Pachtordnung.

Ohne Debatte wird darauf die untern Befern bereits früher mitgeteilte Pachtordnung in 2. und 3. Lesung angenommen.

Die Anträge des Oberkommissars auf Genehmigung des Strafverfahrens gegen Hahn, Raabe und Fischer werden ohne Debatte und Widerspruch auf deutschnationalen Vorschlag dem Rechtsausschuß überwiesen.

Bei der Weiterberatung der

Abänderungen der Gerichtsverfassung

beantwagt Genosse Kallie erneut die Streichung des Potens eines Generalstaatsanwalts.

Abg. Kahn geht auf die Verhältnisse in der Strafanstalt Bries ein, in der sich auch eine Anzahl Danziger Strafgefangene befinden. Einige daraus können für die Amnestie in Frage. Das Essen und die Behandlung liegen außerordentlich zu wünschen übrig. Kahner schlägt vor, die Strafgefangenen in Danzig unterzubringen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Generalstaatsanwalts wird mit 59 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Beim Paragraphen 8 versucht Abg. Bunte (Dnall), die zum § 2 abgelehnten Bestimmungen wieder in die Vorlage hineinzubringen. Auf den Widerspruch der Dänen, daß ein bereits abgelehnter Antrag in der gleichen Lesung nicht wieder gestellt werden dürfe, zieht Abg. Bunte seinen Antrag zurück.

Auch der

erneute Antrag auf Errichtung eines Amtsgerichtes in Rautsch wird von der Dänen als unzulässig bezeichnet. Abg. Kahn (Rom.) schlägt den Antragstellern vor, den Antrag zum Etat zu stellen.

Genosse Schl weist daraufhin, daß durch die nachträgliche Wiederaufnahme bereits abgelehnter Anträge ein Obstruktionsmittel geschaffen würde, welches den Bürgern besonders unangenehm werden könnte.

Nachdem das Haus dem antizipierten Abgeordneten Voening einstimmig beistimmt hat, daß er auf Grund der Geschäftsordnung das Recht zur Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrages besitzt, verläßt Voening den Antrag als geschäftsbearbeitungsmäßig unzulässig.

Einstimmig angenommen wurde die vom Ausschuss vorgelegte Entschließung, die den Senat auffordert, eine Gesetzesvorlage über Neuordnung des Wahlverfahrens der Schöffen und Geschworenen einzubringen, um bei der Auswahl eine größere Berücksichtigung von Schöffen und Geschworenen aus Arbeiterkreisen einzuführen.

Die Senatsvorlage zur Abänderung des Gesetzes über die Elektrizitätswirtschaft sowie ein dringlicher Antrag auf Wahl der Mitglieder für die Elektrizitätswirtschaftsbehörde werden debattiert und widerspruchslos dem Elektrizitätsausschuß überwiesen. Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Das Haus vertagt sich gegen 6 1/2 Uhr auf heute, Mittwoch, 23. 1. Tagesordnung: 1) 1. Beratung des Staats-Hotgesetzes, 2) 1. Beratung eines Gesetzes betr. „Die Aufhebung der Steuerfreiheit der Kriegsbeihilfen usw.“

3) 1. Beratung eines Gesetzes über die Regelung der Einkommensteuer für 1921.

Bekanntmachung.

Es wird nicht genügend beachtet, daß die Verordnung vom 28. Januar 1920, Amtsbl. der Regierung Danzig vom 3. 2. 20, die die Ausfuhr aller Waren aus dem Gebiete der Freien Stadt Danzig ohne Genehmigung der zuständigen Dienststelle verbietet, sich auch auf die Postpakete nach Deutschland und allen anderen Ländern bezieht. Bei den großen Schwierigkeiten, die die zufriedenstellende Ernährung und Versorgung der Bevölkerung herbeiführt, wird hierauf besonders hingewiesen.

Die Poststellen haben die Pakete vor der Ausfuhr zu prüfen, verdächtige von den hiervon benachrichtigten Verlehdern öffnen zu lassen und sie bei Verweigerung von der Ausfuhr auszuscheiden. Verlehdern, welche die geforderte Öffnung nicht selbst vornehmen wollen, können die Postverwaltung mit ihrer Vertretung beauftragen, indem sie auf die Pakete einen Zettel mit der Aufschrift kleben: „Ämtliche Öffnung zur Ausfuhrkontrolle durch Danziger Beamte gestattet“. Die Öffnung und Wiedererschließung erfolgt dann auf Gefahr des Verlehders und kostenfrei, soweit nicht ein Ausfuhrvergehen festgestellt wird.

Für ausnahmsweisen Genehmigung der Ausfuhr sind in Danzig die Außenhandelsstelle Japongasse 50, in Zoppot für den Umfang des kleinen Grenzverkehrs der Magistrat, in Aukt. Hof für den Umfang des kleinen Grenzverkehrs das Zollamt und der Sanität Liegenhof für den Kreis Gr. Werder zuständig.

Die Ausfuhrbewilligungen sind in die Pakete einzulegen. Jedoch empfiehlt es sich, die Nr. der Ausfuhrbewilligung auf dem Pakete anzugeben.

D. M.: ges. Anst.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper

Mittwoch, den 12. April 1921, abends 7 Uhr
Zum 6. Male: Dauerkarten B 2 Zum 6. Male

Der Siebesbazillus

Musikalische Parodie in drei Akten von Heinrich Binder und Otto Gorch. Musik von Otto Gorch und Fritz Binder.

In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Bruchke. Musikalische Leitung: Emil Walter.

Inspektion: Emil Walter

Personen wie bekannt Ende 8, Uhr.

Dienstag, abends 7 Uhr Dauerkarten C 2

Der Tod des Empedokles

Freitag, abends 7 Uhr Dauerkarten B 2

Kaffeeplantheil. Gahndiel Elise v. Catopol.

Batteng und Hans Batteng, Berlin. „Der Troubadour“ (Romane Elise v. Catopol, Hans Batteng, Hans Batteng a. Götze.)

Sonntag, abends 7 Uhr Dauerkarten E 2

„Pierrot“

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gahndiel Elise v. Catopol-Batteng, Berlin. Hoffmanns Erzählungen. (Hoffmann: Hans Batteng, Olympia, Gahndiel und Antonia; Elise v. Catopol als Götze.)

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092 Tel. 4092

Besitzer u. Direktor Paul Bannmann.

Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstedt.

Heute Mittwoch, den 12. April

Anfang 7 Uhr Anfang

„Der Vogelhändler“

Operette in 3 Akten von Zeller.

Morgen Donnerstag, den 14. April

„Der Vogelhändler“

Vorverkauf findet tags v. 10—4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 89 statt.

Sonntag 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:

Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Lichtbild-Theater

Apollo III. Damm 8.

Spielplan vom 13. bis 15. April 21

Die sturmfreie Bude

Inszeniert in 3 Akten.

Morel, der Meister der Kette

Sensations-Detektiv-Drama in 7 Akten.

Hauptrolle: Louis Ralph.

Der sensationelle deutsch-dänische

Boxkampf im Zirkus Bulch, Berlin

in 2 Akten. (4022)

Hotel Danziger Hof

Wintergarten

Jeden Donnerstag

5-Uhr-Tee

moderne Tanzvorführungen

abends: Reunion

Jeden Sonnabend u. Sonntag

Reunion

zwanglose

Tänze

Sonntags, ab 1 Uhr mittags: Tafelmusik

Herren- u. Damen-Stoffe

Speziell Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten in hervorragenden Qualitäten.

Meterweiser Verkauf zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Verkaufszeit 8—5 Uhr.

„Speicher Holland“

Eduard Leiske

Hopfengasse 30.

Fernsprecher 1220.

Kindertage

Ein Posten

Kinder-Matrosenhüte Stück 12.50, 7.50

4⁵⁰

Ein Posten

Kinder- u. Damen-Lachhüte Stück 12.50, 9.75

7⁵⁰

Ein Posten

Kinder-Bortenhüte Stück 9.75, 6.75

5⁷⁵

Ein Posten

Kinder-Bortenhüte Stück 24.50

19⁷⁵

Ein Posten

Moufflon-Strohborte Meter 1²⁵

in allen Farben Meter

Sternfeld

Danzig

Langfuhr.

(4026)

Rat und Auskunft

in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends Die Frauenkommission der S. P. D.

4. Damm 7 II, Zimmer 4.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

UT Lichtspiele

Nur noch bis 14. April

Der Mann ohne Namen

IV. Teil

Die goldene Flut

Konkurrenzlos. Angebot!

1a Fahrraddecke

keine Neutraldecke,

per Stück Mk. 65.—

1a Fahrrad-Schlauch

per Stück Mk. 25.—

ohne Unterchied des Fabrikats.

Bernstein & Comp.

Danzig, Langgasse 50.

Altisen, Metalle, Knochen, Lumpen

kaufen (3660)

Carl Danziger & Co.

Tel. 65 Oliva, Tel. 65

Zoppoter Straße 76.

Wir holen alles ab.

Kranke Frauen

erhalten unentgeltlich Auskunft

über schnelle Besserung von Blut-

armut, Weißfluß, Schwächezu-

ständen. Rückporto erbeten.

Frau Bertha Koopmann

Berlin 35, Potsdamerstraße 104.

Gedania-Theater

Schlesensdamm 53/55

Ab heute nur bis einschließl. Sonnabend

Der gute Spielplan!!!

Der letzte Schuß

Hochlands-Sensationsdrama in 7 Akten

von starkdramatischer Handlung u. herrlichen Naturgenüssen

Der letzte Knopf

Drama in vier Akten

(4028)

Institut für Zahnleidende

Telefon 2621. Pfefferstraße 71! Nähe Bahnhof.

Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.

Münd- u. Zahnoperationen in örtlicher oder allgemeiner Betäubung.

Zahnplomben jeder Art. Zahnregulierungen.

Zahnreparaturen. Ummantelungen schnellstens.

MAß-Kostenberechnung.

Sprechzeit 8—7, Sonntag 9—12.

(3346)



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde

bietet für jedermann einen

billigen und guten

Lesestoff

Belehrend—Unterhaltend

Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahresbeitrag von

nur M. 7⁵⁰ broschiert

nur M. 9⁰⁰ gebunden

etw. 12 reich illustrierte Monatshefte und

4 gute Bücher erster Schriftsteller

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos. — Probeheft 2.00 Mark.

Wir empfehlen folgende

Kleine Flugschriften der Monistischen Bibliothek:

Das Wesen des Monismus	1.20
Monismus und Religion	1.20
Die tolle Wahrheit	1.20
Religionsunterricht oder Moralunterricht?	1.20
Monismus und Klerikalismus	1.20
Die Entwicklung der Erde	1.20
Der Mensch und das Weltall	1.20
Ueberblick über die Geschichte der Abstammung im Kampfe mit der Schöpfungsgeschichte	1.20
Die Abstammungslehre	1.20
Der Bau des Menschen als Zeugnis für seine Vergangenheit	1.20
Der Ursprung des Lebens	1.20
Die Entwicklung von Pflanze und Tier	1.20
Lebensbeherrschung	1.20
Dualistische und monistische Weltanschauung	1.20
Wahlzeugung	2.40
Anfänge des Glaubens und heidaische Grundlagen des Christentums	1.20
Kann der Monismus eine Religion genannt werden?	2.40
Wenn es keinen Gott gibt, was dann?	1.20

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Grüßgott“

2576) Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei günstigem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin.

Fahrkarten- und Bettkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Niederlassung Danzig, Hohes Tor, Tel. 1777.

Ferner Baltropa, Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. — Telefon-Adr.: Baltropa. — Telefon 1736.